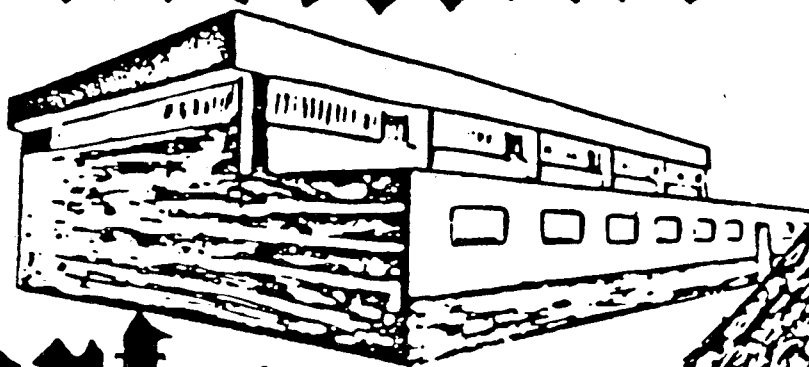
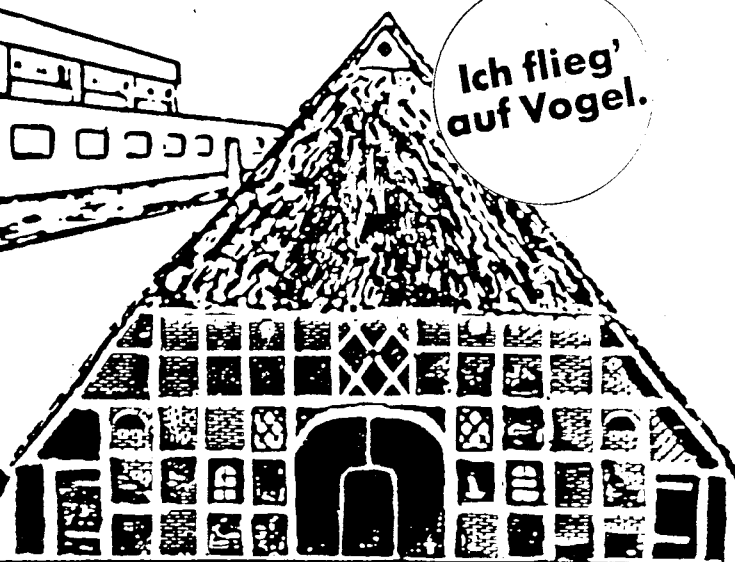


Neuwittenbeker



Ich flieg'
auf Vogel.

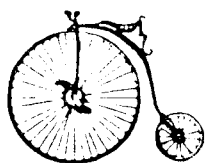
Dorf- Ge-flüster



5. Jhg.

Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet
Unsere 27te Ausgabe

Nr. 1



L 46-Radweg wird gebaut ?

Als eifriger Zeitungsleser konnte man nach der letzten Gemeinderats-sitzung schon etwas verwirrt sein; in der Eckernförder Zeitung hieß es: "Umschichtung von Finanzmitteln für Radweg an der L 46 ist nicht möglich", in der KN-Regionalausgabe lautete die Überschrift: "Radwegeausbau kann nun doch finanziert werden".

Die CDU wies in ihrem Dezember-Flugblatt zurecht darauf hin, daß die KN-Information "falsch oder zumindest irreführend" sei. Ähnliches verlautete uns gegenüber auch vonseiten der SPD.

Nichts ist so wichtig wie eigene Informationen. Und Informationen aus der Presse - auch aus dem Dorf-Ge-flüster - sind eben nur aus zweiter Hand.

Worum ging es denn nun? Im Haushalt '83 der Gemeinde sind 90.000 DM für den Aus- und Umbau des Lehrerwohnhauses verplant. Die WGN-Fraktion wollte mit diesem Geld lieber den Bau eines Radweges an der Landes-

straße 46 beginnen. Konkrete Pläne lagen dazu allerdings nicht auf dem Tisch; es muß also zweifelhaft sein, ob mit dem Bau eines Radweges überhaupt im Jahre 1983 hätte begonnen werden können.

Daneben bestehen auch rechtliche Hürden. Wenn Sie die Bretterbude im Garten Ihres Nachbarn stört, können Sie auch nicht die Bude abreißen und eine Ihnen genehme Behausung errichten. Ähnlich ist es mit dem Radweg an der L 46.

Die L 46 steht in der Trägerschaft des Landes. Nun kann die Gemeinde nicht ohne weiteres anfangen, an der Landestraße einen Radweg zu bauen.

**Neuwittenbeker Amtswehrführer
Bruno Jöhnk**
25 JAHRE AKTIVE TÄTIGKEIT

Ende letzten Jahres wurde Bruno Jöhnk aus Neuwittenbek für 25 Jahre aktive Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr mit dem Brandschutzehrenzeichen in Silber am Bande ausgezeichnet; die Ehrung nahm Kreisbrandmeister Böttger vor. Hauptbrandmeister Jöhnk ist seit dem letzten Jahr Amtswehrführer des Amtes Dänischer Wohld. Zuvor war er Wehrführer der Wehr Neuwittenbek (1975 - 1982).

Im Kreistag

Der Wahlkreis, zu dem Neuwittenbek gehört, ist im Kreistag bekanntlich durch zwei Abgeordnete vertreten: Peter Krayenhagen (CDU) und Wulf-Dieter Stark-Wulf (SPD). Wir wollen kurz aufzeigen, welche Tätigkeiten unsere Kreistagsabgeordneten wahrnehmen.

Krayenhagen gehört dem Kreisausschuß sowie dem Ausschuß für Umweltfragen an. Stark-Wulf ist Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses sowie Vorsitzender des Ausschusses für das Kreisalten- und Pflegeheim. Beide Abgeordneten gehören gleichfalls dem Finanzausschuß an.



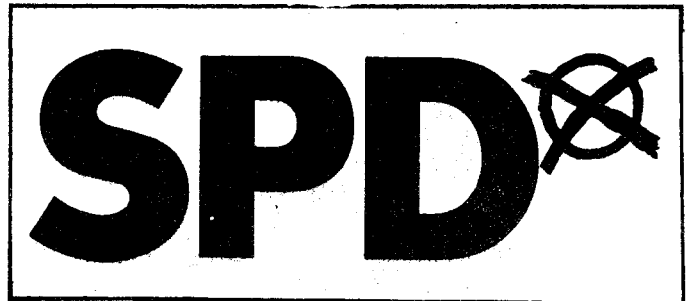
DIAKONISCHES WERK
Kanalufer 48 2370 Rendsburg

Notizen aus Neuwittenbek



SPD ORTSVEREIN

Zum Jahresende trafen sich Fraktion und Vorstand der Neuwittenbeker SPD zu einem geselligen Beisammensein. Ortsvereinsvorsitzender Weidemann gab einen kurzen Rückblick auf das zurückliegende Jahr. Angesichts des Ergebnisses der Hamburger Bürgerschaftswahl (Veränderung um 14 % Punkte zwischen CDU und SPD) besteht Zuversicht auch hinsichtlich der schleswig-holsteinischen Landtagswahl.



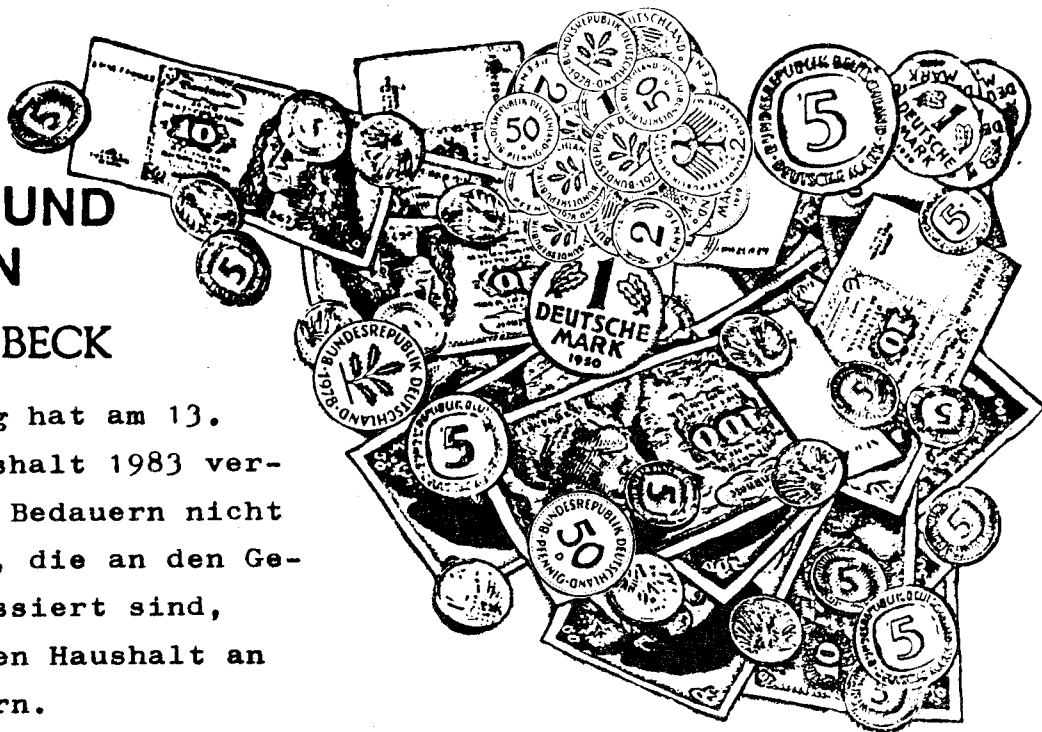
M a ß s t a b

Neuwittenbeks Bürger setzen neue Maßstäbe für die "Kulturszene"! Denn die Neuwittenbeker Theater-spielgruppe mußte in dieser Saison ihr Stück 'Diederik schall freeen' gleich vier Mal aufführen (darüberhinaus fand noch eine Schüler-aufführung in der Neuwittenbeker Schule statt).

Schon jetzt sei auf die nächste Wahlveranstaltung der Neuwittenbeker SPD hingewiesen: am 23. Februar wird die Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger kommen!

EINNAHMEN UND AUSGABEN

von Jochen HABECK



Die Gemeindevertretung hat am 13. Dezember 1982 den Haushalt 1983 verabschiedet (zu meinem Bedauern nicht einstimmig). Für alle, die an den Gemeindefinanzen interessiert sind, möchte ich wiederum den Haushalt an dieser Stelle erläutern.

Verwaltungshaushalt

Alle Einnahmen und Ausgaben für die Unterhaltung der gemeindeeigenen Gebäude, Grundstücke, Straßen und sonstigen Einrichtungen werden im Verwaltungshaushalt erfaßt.

Die Haupteinnahmen sind:

Grundsteuer A	19.800 DM
Grundsteuer B	29.000 DM
Gewerbesteuer	10.000 DM
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	275.000 DM
Hundesteuer	2.300 DM
chlüsselzuweisungen	192.700 DM
Zinsen aus Geldanlagen	6.000 DM.

Ein großer Teil dieser Einnahmen sind sozusagen nur durchlaufende Posten, denn sogleich abzuführen sind:

Kreisumlage	133.400 DM
Amtsumlage	100.600 DM
Gewerbesteuerumlage	3.000 DM.

Die Gesamteinnahmen liegen knapp 60.000 DM unter dem Ansatz des Vorjahres.

Weitere große Ausgabeposten sind:

Allgemeinde Verwaltung (Aufwandsentschädigung, Sitzungsgelder, Versi-

cherungen, Post- und Fernmeldegebühren, Wahlen usw.) 17.600 DM

Unterhaltung der Schule 57.500 DM

Schulverbandsumalge für den Schulverband Gettorf 25.000 DM

Kindergartenunterschluß 23.100 DM

Brandschutz (Feuerwehr) 11.300 DM

Kostenanteil für die Gemeindegemeinschaftswesternstation des Diakonievereines Gettorf 3.500 DM

Förderung des Sports, Unterhaltung eigener Sportstätten (Mehrzweckhalle) 32.500 DM

Denkmalpflege, Verschönerung des Ortsbildes, Fahrbücherei, Seniorenbetreuung, Zuschüsse an Vereine und Verbände 8.200 DM

Unterhaltung der Gemeindestraßen, Wirtschaftswege und Straßenbeleuchtung 26.000 DM

Planungs- und Vermessungskosten (Flächennutzungsplan) 10.000 DM

Deckungsreserve für unvorhersehbare Ausgaben 10.000 DM

Zuführung an den Vermögenshaushalt 68.400 DM.

2. Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt werden alle

Investitionen und Baumaßnahmen der Gemeinde veranschlagt.

Als Einnahmen die Zuführung vom Verwaltungshaushalt 68.400 DM
und die Rücklagenentnahme in Höhe von 30.800 DM.

Als Ausgaben:

Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Schule 3.000 DM
Zuschuß an den TSV für die Anschaffung eines Sportgerätes 900 DM
Anbau zum Lehrerwohnhaus 90.000 DM
Kredittilgung 5.300 DM.

3. Rücklagen

Nach der Entnahme beträgt der Stand der Rücklagen 95.400 DM. (Aus dem Haushaltsjahr 1982 sind nach Rechnungsabschluß geringe Überschüsse zu erwarten, die somit die Rücklagen noch etwas erhöhen werden)

4. Schulden

Die Restschulden der Gemeinde aus Krediten, die 1954 und 1959 für den Neubau der Schule und des Lehrerwohnhauses aufgenommen wurden, werden im laufenden Haushaltsjahr vorzeitig getilgt. Danach ist die Gemeinde schuldenfrei.

5. Freie Finanzspitze

Die freie Finanzspitze beträgt in diesem Jahr 12,6 % (ohne Deckungsreserve: 14,6 %) gegenüber 16,23 % im Vorjahr.

**Sie sollten
den Vorwärts
lesen.**

IN NEUWITTENBEK

Kurt Hamer MdL

Wie in jedem Jahr kam auch jetzt unser Landtagsabgeordneter Kurt Hamer nach Neuwittenbek. Diesmal allerdings im Rahmen einer SPD-Wahlveranstaltung. (Die Zeit für einen Informationsaustausch mit Bürgermeister Habeck war trotzdem gegeben.)

Hamer referierte zunächst über vornehmlich finanzpolitische Themen. Anschließend stellte er sich den Fragen seiner Zuhörer.

Wer allerdings scharfe Attacken in Richtung CDU erwartet hatte, sah sich getäuscht. Kurt Hamer blieb durchweg sachlich. Auch in Wahlkampfzeiten, läßt er sich nicht zu unüber-

legten Äußerungen hinreißen. Nicht umsonst ist Hamer Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Männer wie Kurt Hamer machen die Politik wieder glaubwürdiger.

ndg Impressum

Neuwittenbeker Dorf - Geflüster

Jahrgang 6

Ausgabe 1/83

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek

verantwortlich: Volker Weber



Bülkamp 29
2303 Neuwittenbek

Druck:

Eigendruck

Auflage:

300

Europäisches Parlament: Parlamentarisches Organ der Europäischen Gemeinschaften mit Beratungs-, Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen; seit Juli 1979 aus 410 allgemein und unmittelbar gewählten Mitgliedern zusammengesetzt; am 1. 1. 1981 kamen weitere 24 griechische Mitglieder hinzu.

Ministerrat: besteht aus Vertretern der Mitgliedsstaaten in der Person der Außenminister, Finanzminister, Sozialminister etc. (hängt von der zu behandelnden Thematik ab); auch die Regierungschefs treten als "Rat" zusammen. Der Ministerrat ist der Träger der gesetzgebenden Gewalt in der Gemeinschaft. Alle wesentlichen Entscheidungen sind dem Rat vorbehalten.

Kommission: Mitglieder von Mitgliedsstaaten auf 4 Jahre ernannt; Präsident und 5 Vizepräsidenten auf 2 Jahre ernannt; im übrigen der europäische Beamtenapparat; Kommission hat Initiativrecht und sorgt für ordnungsgemäße Ausführung der Gemeinschaftsbeschlüsse.



Der **BÜRGER BRIEF**
der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands,
Ortsverein Neuwittenbek

1/83

**Liebe Mitbürgerin,
lieber Mitbürger!**

Bundespräsident Karl Carstens hat entschieden. Er hat eine Entscheidung getroffen, die ihm ganz offensichtlich nicht leicht gefallen ist.

Nun gilt es, am 6. März 1983 den Deutschen Bundestag neu zu wählen.

Heide Simonis

kandidiert für die Sozialdemokratische Partei im hiesigen Wahlkreis. Mit Frau Simonis, die 1976 und 1980 im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde direkt gewählt wurde, präsentiert die SPD eine Kandidatin, hinter der die Mitglieder unseres Ortsvereins geschlossen stehen. Wir wissen, daß mit Frau Simonis die Interessen unserer Mitbürger in Bonn gut wahrgenommen werden.

Im Interesse unserer Mitbürger bleibt die Hoffnung auf einen fairen Wahlkampf. Neuwittenbeks SPD wird ihren Beitrag dazu leisten.



HEIDE SIMONIS

Mitglied des Deutschen Bundestages
für Rendsburg-Eckernförde

Ihre

SPD Neuwittenbek

Bedeutung der Sportvereine

Dem Sport kommt im Rahmen der Freizeitgestaltung und der Gesunderhaltung eine besondere Bedeutung zu. Deshalb ist für möglichst viele Mitbürger ein ausreichendes sportliches Angebot vorzuhalten. Die Sportvereine erfüllen hier wichtige Aufgaben:

- Sie bieten Kindern und Jugendlichen eine Vielzahl von Aktivitäten.
- Sie können den Erwachsenen Gelegenheit zu einer sportlichen Betätigung geben, die der Neigung und dem Alter entspricht.
- Sie sind unentbehrlich für die örtliche Gemeinschaft.

Die Vielfalt des Angebots der Vereine ist abhängig von der Zahl und den Interessen der Mitglieder, den Initiativen der Vorstände und Spartenleiter, entscheidend aber auch von den Sportstätten und den Mitteln, die die Gemeinden ihren Vereinen zur Verfügung stellen, und von der ideellen Unterstützung, die die Vereine bei den Stadt- und Gemeindevertretungen und der Bevölkerung finden. Je mehr die Gemeinden für ihre Vereine tun, desto größer ist das Angebot, das die Vereine ihren Mitgliedern machen können.

aus: Kreiswahlprogramm der SPD

**Machen Sie
mit bei uns.**

SPD

Umwelt & Energie

Die Arbeitswelt menschlicher machen

Nur der Mensch kann lieben, lachen, arbeiten.

Arbeiten ist menschlich.
Aber die Bedingungen, unter denen wir
arbeiten, sind es oft nicht:

Manche gefährden die Gesundheit,
manche verletzen die Menschenwürde.

Aber der Mensch ist mehr als Arbeitskraft,
Personalnummer, Kostenfaktor.
Er darf nicht zu einem Maschinenteil werden,
das zum alten Eisen geworfen wird, wenn es
verschlissen ist oder nicht mehr reibungslos
funktioniert:

Die Arbeitswelt muß menschlicher werden.

IG Metall

Ein Kreislauf, der Recycling heißt

In der Natur spielt sich das Leben in Kreisläufen ab: Pflanzen wachsen aus der Erde, nehmen Nährstoffe, Wasser und Sonnenenergie auf, wandeln sie um, sterben ab, werden wieder zu Erde, Nährstoffen, Wasser. Wolken – Regen – Flüsse – Meere – Wolken:

das ist ein weiterer Kreislauf. In der Natur geht nichts verloren.

Nur der Mensch wirft vieles fort, was eigentlich viel zu wertvoll ist, um auf dem Müll zu landen. Es sollte stattdessen aufbereitet und wiederverwendet werden: herstellen – benutzen – aufbereiten, d.h. die Rohstoffe zurückgewinnen – herstellen. Einen solchen Kreislauf nennt man Recycling. Bei Altpapier ist das technisch ziemlich einfach. Aber es gibt auch „schwierige“ Abfälle, z. B. Altöl, alte Autoreifen, Abfälle aus Metzgereien, Krankenhausabfälle. Dem Ziel, diese sogenannten Sonderabfälle schadlos zu beseitigen, gelten zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.

Ein Beispiel für die umweltfreundliche Aufbereitung von Sonderabfällen bei gleichzeitiger Rohstoffrückgewinnung ist die Pyrolyse.

Jedermann kennt das Verfahren vom Kohlenmeiler aus dem Märchen: Holz wird verkohlt, indem man es sozusagen ausglüht, ohne Luft heranzulassen. Dabei entsteht zweierlei: brennbares Gas und Holzkohle. Genau das kann man auch mit Abfällen machen, mit Hausmüll ebenso wie mit Sonderabfällen. Das Verfahren, das dabei angewendet wird, heißt Pyrolyse.

Die Spezialisten untersuchen – gefördert vom Bundesminister für Forschung und Technologie – eine ganze Reihe neuer Methoden, die teils noch im Labor, teils aber auch schon – z. B. in Frankfurt und Hamburg – in größerem Maßstab arbeiten. Die Einzelheiten würden hier zu weit führen. Die Hauptentwicklungslinien der Pyrolyse verfolgen zwei Prinzipien:

- Entgasung der jeweiligen Abfälle unter Luftabschluß und
- Vergasung bei Luftmangel.

Besonders bedeutsam als Rohstoff- und Energiesparer kann die Pyrolyse für die Behandlung von Kunststoffen und Altreifen werden. Bisher ist die Beseitigung dieser Materialien sehr aufwendig.

Mit der Pyrolyse besteht die Möglichkeit, die künstlichen Großmoleküle der Kunststoffe in kleine, gasförmige Bestandteile zu „zerbrechen“ (cracken). Diese Teile lassen sich chemisch „sortieren“, kondensieren und wieder zu „Zutaten“ für neue Plastikprodukte zusammensetzen, die sich von frisch aus Erdöl gewonnenen durch nichts unterscheiden.

Eine Variante der Pyrolyse bei der Wiederverwertung von Kunststoffen ist die Hydrolyse. Der technische Unterschied: bestimmte Kunststoffe (Schaumstoffe) werden unter Einwirkung von Wasserdampf unter hohem Druck und bei hoher Temperatur in ihre chemischen Bestandteile zerlegt, aus denen man die Kunststoffe erneut zusammensetzen kann.

Bei beiden Verfahren sollen die Kosten für die Aufbereitung durch den Verkauf der wiedergewonnenen Stoffe „verdient“ werden. Die Verfahren sollen sich selbst tragen – auch das gehört zu einem erfolgreichen Recycling. Die Entwicklung der nötigen Verfahrenstechnik, der Bau und Betrieb von Versuchsanlagen sowie Studien für großtechnische Anlagen sollen die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen.

„Forschung für den Bürger“
Rohstoffe und Energie

Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten: Hans-Jochen Vogel

„Das ist eine sehr kantige Persönlichkeit, und er weiß, daß er schon manchen mit seiner Kantigkeit verletzt hat. Und er wird sich trotz-

dem nicht ändern. Das ist ein Mann mit hoher eigener Urteilkraft, und er wird seine eigene Urteilkraft nicht verstecken. Er ist ein Mann

mit rigoroser politischer Moral und davon wird ihn auch keiner abbringen, Gott sei Dank. Insgesamt: Kein einfacher Mann, das werdet ihr noch erleben. Aber gerade deshalb ist er geeignet, ist er ein hervorragender Mann“, so Helmut Schmidt auf der Bundeskonferenz der Sozialdemokraten Mitte November in Kiel über den Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel.

Sowohl der Parteivorstand der SPD als auch die Bundeskonferenz in Kiel wählten Vogel einstimmig zum neuen Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten.

Hans-Jochen Vogel, 1926 in Göttingen geboren und von Hause aus Jurist, hat wichtige politische Stationen durchlaufen, die ihn geprägt haben. Als Oberbürgermeister von München hat er in zwölf Jahren breite Zustimmung gerade bei den Arbeitnehmern gefunden. Als Bundesminister in Bonn hat er insbesondere zur Zeit der gefährlichsten terroristischen Herausforderung entscheidend dazu beigetragen, daß der liberale Rechtsstaat auch unter extremen Bedingungen keinen Schaden nahm. Und zuletzt in Berlin hat er seine Führungsfähigkeit dadurch bewiesen, daß er eine Linie entwickelte, an der sich der Weizsäcker-Senat zum Teil noch heute orientiert. Er hat dort geholfen, die schwierigen gesellschaftspolitischen Konflikte, die vor allem die Jüngeren umtreiben, mit politischen Mitteln zu überwinden.

Auf der SPD-Bundeskonferenz in Kiel nannte Vogel die Hauptpunkte des künftigen SPD-Programmes: „Wir wollen vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen; wir wollen den äußeren Frieden sichern und alles uns Mögliche tun, damit der Rüstungswettlauf ein Ende findet; wir wollen den Frieden auch mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten; wir wollen die Liberalität und die Schutzfähigkeit unseres Rechtsstaates behaupten und wir wollen den sozialen, den inneren Frieden bewahren“.

Allen Presse-Spekulationen um seine politische Identität setzte Vogel schon früh ein Ende: „Ich bin weder ein Brandt- noch ein Schmidt-Mann. Ich bin Hans-Jochen Vogel und – bei allem Respekt vor den großen Leistungen der beiden Männer und bei allem Willen zur Kontinuität – mit meiner Nominierung der Mann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Aus unserer Geschichte ...

Schulordnung

Regulativ für die Districtsschulen des adelichen Guts Warleberg, in Verbindung mit einem Theile des adelichen Guts Rathmannsdorf.

§ 1. Das Gut Warleberg behält bis weiter seine beiden Districtsschulen in Tuttendorf und Neuwittenbeck in ihren bisherigen Begränzungen, und die Neuwittenbecker Schule bleibt ebenfalls, bis weiter, die gemeinschaftliche Schule für Altwittenbeck und für die übrigen von dem Gute Rathmannsdorf dahin gelegten Interessenten. Indessen werden dem Gutsbesitzer Radbruch auf Warleberg seine etwaigen Ansprüche an die Rathmannsdorfer Schulinteressenten wegen der an dem Neuwittenbecker Schulhause verwandten Kosten vorbehalten.

§ 2. Da aber die Zahl der Schulkinder in Neuwittenbeck für Einen Lehrer und für eine Classe viel zu groß ist, so soll auf Veranstaltung des Besitzers von Warleberg, auf Kosten beider Güter pro rata, ein zweites Schulzimmer nebst einer Stube für einen zweiten Lehrer nach einem von der General-superintendentur zu genehmigenden Risse angebaut und ein zweiter verordnungsmäßig geprüfter und tüchtig gefundener Lehrer für beständig angenommen und gehalten werden.

§ 3. Außer der freien Wohnung nebst Garten behält der Schullehrer in Neuwittenbeck die zur Schule ausgelegten 10 Tonnen Schulland, von welchen die Schulinteressenten gemeinschaftlich die Lasten und Angaben abzuhalten und die freie Bearbeitung zu übernehmen haben.

§ 4. Gleichfalls bleiben bei der Schule die bisherigen 50 000 Soden Torf, welche auch zur Heizung der zweiten Schulclasse und des Zimmers des zweiten Lehrers für hinreichend erachtet werden. Die beiden Güter weisen pro rata den Torf an und die Schulinteressenten müssen solchen frei stechen und anfahren.

§ 5. Außer diesen Emolumenten werden dem Districtsschullehrer beigelegt 10 Tonnen Rogken und an Gehalt von jedem Interessenten, der 70 bis herab 30 Tonnen Landes benützt, in vier Terminen jährlich 2 Rbthlr. 12½ Rbsz., von jedem, der weniger wie 30 bis 7 Tonnen benützt, jährlich 1 Rbthlr. 57 Rbsz., und von jedem, der unter 7 Tonnen hat, 76½ Rbsz. jährlich, gegen welche Gehaltsbesserung der Schullehrer verbindlich gemacht wird, den zweiten Lehrer selbst zu besolden und mit Kost, Feurung, Licht und Wäsche freizuhalten.

§ 6. Die 59 Rbthlr. 19½ Rbsz., welche bisher die beiden Gutsbesitzer zur Alirierung des Lehrers beigetragen haben, fallen in Zukunft weg.

§ 7. Wenn in den entfernten Theilen des Guts Landwehr, Eckhorst usw. künftig eine eigene Schule angelegt werden sollte, so hören die Beiträge der dahin zu legenden Interessenten zur Neuwittenbecker Schule auf, und es wird alsdann wegen etwaiger Entschädigung des Neuwittenbecker Schullehrers anderweitig verfügt werden.

§ 8. Auf gleiche Weise wird die Schule in Tuttendorf organisiert. Der dortige Schullehrer erhält außer dem Hause und Garten und dem von Lasten und Abgaben frei zu haltenden und frei zu bearbeitenden Schullande 5 Tonnen Rogken und an Schulgehalt von jedem Schulinteressenten eben so viel, als der Neuwittenbecker.

§ 9. In beiden Schulen wird, mit Ausnahme der gesetzlichen Ferien, Sommers und Winters, und zwar in den Gegenständen, welche die allgemeine Schulordnung vorschreibt, nach Anweisung des Schulinspectors unterrichtet.

§ 10. Zum Beweise der Fortschritte der Jugend soll jährlich einmal in Gegenwart der Gutsbesitzer unter Leitung des Schulinspectors eine öffentliche Schulprüfung in der Schule von dem Lehrer, nach vorhergehender Einladung der Interessenten von der Kanzel gehalten und das Resultat derselben in ein Protocoll eingetragen werden, welches bei der jedesmaligen Kirchenvisitation zu produciren ist.

Vorstehendes Regulativ wird hierdurch genehmigt und sämmtlichen Beikommenden zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Urkundlich unterm vorgedruckten Königlichen Insiegel. Gegeben im Schleswigschen Oberconsistorio auf Gottorf den 12. September 1828.

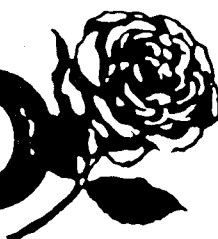
Ich flieg' auf Vogel.

SPD

Ihr Kandidat zur Landtagswahl

**Kurt
Hammer MdL**

SPD



Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken

Die Gemeinden tragen die Hauptverantwortung für die Daseinsvorsorge der Bürger. Sie müssen daher nach gerechten Maßstäben finanziell gefördert werden. Die Vertretungen der Gemeinden müssen ohne bürokratische Gängelei von oben ihre Entscheidungen weitgehend nach eigenem Ermessen treffen können. Dabei muß ein hohes Maß an Bürgermitwirkung gesichert sein.

Wir schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten schlagen deshalb vor:

- Ebenso wie die Aufgaben des ländlichen Raumes müssen auch

die Aufgaben der zentralen Orte und großen Städte durch eine ausreichende Finanzausstattung anerkannt werden. Insbesondere ist es Aufgabe einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung, die Ungleichbehandlung von Städten und Kreisen und die damit verbundene finanzielle Mehrbelastung der Bürger in den kreisfreien Städten zu beenden. Die ungerechte Finanzpolitik im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu Lasten der kreisfreien Städte ist zu revidieren. Die kreisfreien Städte müssen wieder in die Lage versetzt werden, ihre wichtige Aufgabe als Oberzentrum auch für das ländliche Umland zu erfüllen.

- Um die kommunale Entscheidung und Verantwortung vor Ort zu stärken, sollen Mischfinanzierungen abgebaut und Genehmigungsvorbehalte von Kreis- und Landesbehörden auf ein Mindestmaß begrenzt werden.

- Die Verfahren für kommunale Investitionen müssen vereinfacht und beschleunigt werden.

- Sozialdemokraten werden alle Möglichkeiten nutzen, um die Bürger rechtzeitig über kommunale Planungen zu unterrichten. Der Sachverstand und das Engagement der Bürger für die Entwicklung ihres unmittelbaren Lebensraums sollen für den jeweiligen Entscheidungs-

prozeß genutzt werden.

Soweit für eine intensive Einbeziehung der Bürger bei kommunalen Entscheidungen eine Änderung von Gesetzen erforderlich ist, werden wir dies tun.

Wir wollen erreichen,

- daß neue Formen der Bürgerbeteiligung, z.B. Bürgerbefragung, Rederecht der Bürger in den Kommunalparlamenten sowie ein Antragsrecht der Bürger möglich werden,

- daß Ausschusssitzungen öffentlich sein können,

- daß Amtsausschüsse direkt gewählt werden.

Aus: Landtagswahlprogramm für die Wahl am 13. März 1983 der SPD Schleswig-Holstein

**Wir wollen
natürliche Lebensräume
schützen.**

SPD Schleswig-Holstein

Wir wollen Partner der Bürger sein

Wir stehen vor einer historischen Wende. Die Menschen müssen entscheiden, ob sie mit der neuen CDU-FDP-Regierung schnurstracks zurück wollen in die 50er Jahre, mit der Folge von Sozialabbau, der Reduzierung von Mitbestimmungsrechten, der Begrenzung von Liberalität; ob sie zurückwollen in eine Ellenbogen-Gesellschaft, in der viele darben, damit weniger Gutes getan werden kann. Sie werden entscheiden müssen, ob wir eine Demokratie wollen, in der vom Bundespräsidenten über den Bundestagspräsidenten, den Bundesverfassungsgerichts-Präsidenten, die Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat, in sieben Bundesländern und zahlreichen großen Städten allein von einer Partei gestellt werden. Der Weg in den CDU-

Staat ist unaufhaltsam, wenn die Wähler ihn nicht selbst aufhalten.

Ich plädiere dafür, mit aller Kraft für eine Wende zu kämpfen, die diesen Namen wirklich verdient. Eine Wende zu einer neuen gesellschaftlichen Periode, in der auch in schlechten Zeiten gerechte soziale Strukturen vorhanden sind. In der aus tiefster Überzeugung der Versuch einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gemacht wird. In der ein Staat entsteht, in dem alle Gewalt tatsächlich vom Volke ausgeht. In dem Demokratie nicht geredet, sondern praktisch gelebt wird.

Die CDU hat 32 Jahre hindurch Zeit gehabt, die Probleme der Bürger und des Landes kreativ, sozial und liberal zu lösen.

Nun stehe ich nicht an, zu sagen, alles, was sie getan hätte, sei falsch gewesen. Aber:

Wenn ich den neuen Bundesfinanzminister und ausgeschiedenen Ministerpräsidenten unseres Landes in Bonn reden höre, dann ist er auf ein Chaos und einen Trümmerhaufen gestoßen. Er beklagt die hohen Schulden, die hohe Arbeitslosigkeit, den geringen Stand der öffentlichen Investitionen usw. Aber: Liegt die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein mit derzeit 8,8 Prozent nicht erheblich über dem Bundesdurchschnitt? Ist Schleswig-Holstein nicht mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 3 412 DM nach dem Saarland der Spitzenreiter in der Verschuldung?

Wir Sozialdemokraten werden:

- konsequent den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung im Nah- und im Fernwärmebereich voranbringen, auf Energiesparen und nicht auf Energieverschwendung setzen und alternative Energieträger (Sonnenenergie, Biogas) fördern,
- die ökologisch falsche Eindeichung der Nordstrander Bucht verhindern und den Schutz der Menschen durch verstärkte und erhöhte Deiche sichern sowie gemeinsam mit den Bürgern Nordfrieslands unser Schutzkonzept für das Wattmeer entwickeln,
- den Naturschutz in Schleswig-Holstein wirkungsvoller ausweiten, weniger durch Ausnahmegenehmigungen durchlöchern und zum Beispiel die Sorge-Niederung unter Naturschutz stellen, und sie voll dem Artenschutz widmen,
- dafür sorgen, daß die Einleitung von Schadstoffen in Flüsse und Seen, in Nord- und Ostsee durch den Ausbau der Kanalisation, den Bau von biologischen und chemischen Klärstufen drastisch verringert wird, die wasserrechtlichen Genehmigungen besonders im Untereiberaum gründlich überprüfen und sie jedermann zugänglich machen.

Der jetzige Ministerpräsident für die Übergangszeit bis März 1983, Uwe Barschel, hat seinen Innenminister-Stuhl freigelassen – als Wink mit dem Zaunpfahl an die FDP. Wenn nicht Opportunismus der Todfeind demokratischer Glaubwürdigkeit wäre, dann wäre dies den Kleinkunstpreis für Satire wert.

- War es nicht dieser frühere Innenminister, der noch vor kurzem Thesen zur inneren Sicherheit vorgelegt hat, die ob ihrer Drastik nur den ungeteilten Beifall bei Herrn Zimmermann und der CSU fanden? Thesen, nach denen die politische Kultur sich inneren Sicherheits-

Lebenswort Björn Engholm

Der Spitzenkandidat

Am 31. Oktober 1982 wählte der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein den Lübecker Bundestagsabgeordneten Björn Engholm zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 13. März 1983. Von 176 Delegierten stimmten 169 für ihn, und damit für den bereits im Frühjahr 1982 einstimmig gefaßten Personalvorschlag des Landesvorstandes.

Mit diesem eindrucksvollen Stimmresultat für Engholm signalisierte die SPD Schleswig-Holstein nicht nur äußere Geschlossenheit, sondern auch selbstbewußten Optimismus für den Wahltag. Kann sie sich doch nun neben einem soliden Sachprogramm auf einen Mann stützen, dessen Politik- und Regierungsverständnis die grundsätzliche Alternative zu der nach über 30 Jahren verbrauchten CDU-Landesregierung glaubwürdig verdeutlicht:

- Engholm sucht das Gespräch mit den Bürgern, statt Ansprachen zu halten, wie der CDU-Ministerpräsident;
- Engholm ist aufnahmefähig für Kritik und Anregung, statt sich auf formale Regierungsautorität zurückzuziehen, wie der CDU-Ministerpräsident;
- Engholm hat die Bereitschaft, neue Fragestellungen in der Politik aufzunehmen und in machbare Antworten umzusetzen, statt mit verletzter Eitelkeit und Minderheiten-Beschimpfungen zu reagieren, wie der CDU-Ministerpräsident.

Und das sind die Daten und politischen Stationen des Spitzenkandidaten Björn Engholm:

42 Jahre alt (geb.: 9.11.1939), verheiratet, zwei schulpflichtige Töchter. Leidenschaftlicher Lübecker.

Nach dem Besuch der Volksschule, dem

Erreichen der „Mittleren Reife“ an einem Gymnasium und einer Ausbildung zum Schriftsetzer „baute“ Engholm 1964 nach dem Studium auf der Hochschule für Wirtschaft und Politik zunächst seinen Sozialwirt, um 1969 nach dem Studium von Volkswirtschaft, Politik und Soziologie auch das Diplom als Politikologe an der Universität Hamburg zu erwerben.

1962 trat Björn Engholm der SPD in Lübeck bei, wurde 1966 Kreisvorsitzender der Jungsozialisten in seiner Heimatstadt und eroberte 1969 auf Anhieb den Direktwahlkreis Lübeck für den Deutschen Bundestag. Längst auch im Landesvorstand der SPD machte sich Engholm im Bundestag vor allem für Fragen der betrieblichen Ausbildung stark. 1977 holte ihn der damalige Bundesminister Helmut Rhode als parlamentarischen Staatssekretär in das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1981 wurde Engholm als Nachfolger von Dr. Jürgen Schmude selbst Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bis zum Regierungswechsel am 1. Oktober übernahm dann der „dienstälteste Bildungspolitiker“ im Deutschen Bundestag auf Wunsch von Bundeskanzler Helmut Schmidt vorübergehend auch die Leitung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Am 13. März 1983 möchte Björn Engholm den politischen Stationen seines bisherigen sozialdemokratischen Engagements das Amt des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein hinzufügen. Nicht als „Karrierestufe“, sondern als reizvolle und notwendige Aufgabe, eine neue und sozialdemokratische Politik für Schleswig-Holstein in Regierungsverantwortung entscheidend mitzugestalten.

prinzipien zu fügen hat; nach denen der starke Staat alles, der unbequeme Bürger wenig bedeutet; nach denen der Datenschutz ein Hemmnis für die Entwicklung und die Regelanfrage unverzichtbar ist?

Wir Sozialdemokraten werden

- das Gespräch und den Verständigungswillen zum Maßstab jeder Begegnung von Regierten und Regierenden machen. Bei uns wird es keine Ausgrenzung unbequemer Kritiker geben. Mißtrauen und politische Ignoranz werden keine Kriterien unseres Handelns sein. Wir wissen: Wer hoheitliche Distanz übt,

wer Mißtrauen sät und Ordnungsmacht demonstriert, kann nur Angst und Aggression ernten. Wir wollen uns leidenschaftlich bemühen, daß die Menschen sagen: Es gibt eine Regierung, die uns zuhört, es gibt eine Regierung, die anfaßbar und verantwortbar zu machen ist. Für uns wird der Satz „alle Gewalt geht vom Volke aus“ Richtschnur jedes politischen Handelns sein.

Deshalb werden wir Sozialdemokraten die Regelanfragen für Bewerbungen im öffentlichen Dienst abschaffen. Deshalb werden wir den Datenschutz stärken und den Datenschutzbeauftragten direkt dem Parlament zuordnen. Deshalb werden wir enga-

gierten Bürgern (Schülervertretern, studentischen Ästen, Jugendzeitungen, Bürgerinitiativen) handfeste Unterstützung anbieten. Deshalb werden wir die Rechte der Arbeitnehmer im Lande durch Stärkung ihrer Personalvertretungsrechte und im Bundesrat durch unser Eintreten für die qualifizierte Mitbestimmung stärken.

Was mir letztlich sehr am Herzen liegt: Wir reden von der Gleichberechtigung der Frau und sind doch so weit davon entfernt. Ich habe in fünf Jahren Bonner Tätigkeit im Bildungsministerium für die Bildungsbeteiligung, für mehr qualifizierte Ausbildungschancen, für gleiche Berufsbezeichnungen, für den Abbau von Bildungs- und Kulturhemmnissen zugunsten der Frauen gearbeitet. Ich behaupte nicht, daß ich damit bereits alle chauvinistischen Eigenschaften abgelegt hätte, aber: Eine sozialdemokratische Landesregierung unter meiner Führung wird der Gleichberechtigung der Frauen inhaltlich und organisatorisch einen besondern Rang einräumen.

Wir Sozialdemokraten wollen in Schleswig-Holstein den inneren und sozialen Frieden. Wir wollen ihn aus hundertjähriger Einsicht mit Leidenschaft. Er ist nicht erreichbar mit Gewalt, Repression, Besserwisserei, Ignoranz, sondern nur mit dem Willen zur Gerechtigkeit, mit dem Mut zur Toleranz, mit entschlossener Geduld und dem Bewußtsein eigener Fehlbarkeit.

Wir Sozialdemokraten wollen einen Beitrag auch zum äußeren Frieden leisten. Wir wollen das aus der hundertjährigen Erkenntnis, daß Unfriedfertigkeit immer und ausschließlich von Kindern, Müttern und Vätern aus den breiten Schichten unseres Volkes bitter bezahlt wurde. Der äußere Friede ist nicht erreichbar durch mehr und immer gefährlichere Waffen. Er ist nicht erreichbar durch eine Abgrenzung oder Embargo-Politiken. Er ist nur erreichbar durch beharrliche Entspannungspolitik, durch den Willen, die selektive Sicherheitsgegnerschaft in eine kollektive Sicherheitspartnerschaft zu wandeln.

Die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins appellieren an alle reformwilligen Bürger: Schließt mit uns ein neues Bündnis. Ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit. Ein Bündnis für den inneren Frieden, die liberale Vielfalt. Ein Bündnis für die Gleichberechtigung der Frauen, für die Akzeptanz der unbequemen Jungen, für die Achtung des Alters. Für den Frieden nach außen.

Wir appellieren an die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, an das reformorientierte Bürgertum, an die Bürgerinitiativen und die vielen Ökologen im Lande. Laßt uns beginnen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der nicht Werte geredet, sondern praktisch in Politik umgesetzt werden. Laßt uns beginnen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Gewichtigen den Schwachen helfen, in der Andersdenkende Teil des Ganzen sind.

Günther Jansen:

Wie ehrlich sind die „Grünen“?

Als es noch keine „Grünen“ gab, keine Atomkraftwerke und keine Großchemie, vor fast dreißig Jahren, da pflegten Omas und Opas angesichts kühler und regnerischer Sommertage zu sagen: „Das hat es früher nicht gegeben, so ein Wetter zu dieser Zeit. Das kommt alles von den neomodischen Erfindungen.“

Heute neigen auch viele Wissenschaftler zu solchen Ansichten und die Enkel wählen „grün“.

Tatsächlich liegt es ja auch an den „neomodischen Erfindungen“, daß man in der Elbe nicht mehr baden kann und der Stadtpark nicht mehr so durchdringend nach Wald riecht.

Tatsächlich aber auch haben wir alle ohne Ausnahme die Art „Fortschritt“, die wir heute haben, produziert, gewählt und ohne größere Bedenken konsumiert. Es blieb den „Grünen“ vorbehalten heute ein paar gesellschaftliche Gruppen, wie zum Beispiel die „etablierten Parteien“ und bestimmte Unternehmensbereiche zu den Verursachern dieser Entwicklung zu stempeln. Und es ist eine zu allen Zeiten übliche und erfolgreiche Übung, einem Problem erst einmal dadurch zu Leibe zu rücken, daß man „Schuldige“ ausfindig macht und bestraft.

So gerät auch die SPD bei jenen Bürgern in Mißkredit, die 1959 statt des „blauen Himmels über der Ruhr“ lieber Konrad Adenauers und Ludwig Erhards uneingeschränkte Wachstumspolitik bevorzugten.

Sich darüber heute zu beschweren, wäre naiv und den wirklich dringlichen Umwelt-

problemen nicht angemessen. Daran aber heute zu erinnern, erscheint mir angesichts der durch „Grüne“ geförderten allgemeinen Wut über sozialdemokratische Versäumnisse in diesem Bereich angebracht.

Großprojekte im Kernkraftbereich, Startbahnen für Flugzeuge und Autobahnzubringer sind keine lieb gewordenen Spielzeuge für uneinsichtige Politiker sondern logische Konsequenzen einer vor wenigen Jahren noch von allen politischen Gruppierungen für notwendig erachteten Wachstumspolitik. Und so, wie man einen Großtanker nicht auf wenigen Meter stoppen oder in umgekehrte Richtung laufen lassen kann, so schwerfällig läßt sich auch nur das Ruder – in einer mittlerweile auch von der SPD als falsch erkannten Richtung – herumreißen. Und es nützt uns und jenen, die wieder baden wollen in der Elbe oder Wald tanken wollen im Stadtpark, gar nichts, daß da ein paar „Grüne“ in die richtige Richtung rudern, wenn wir es nicht schaffen, eine Mehrheit zu überzeugen und zum Handeln zu zwingen für ein vernünftiges, menschengerechtes Miteinander von Ökologie und Ökonomie.

Das meint nicht, daß nur die SPD zu dieser Zukunftserhaltenden Politik befähigt ist: das meint nur, daß vieles, was heute der SPD als Taktik oder verzögernder Sachzwang fixierung angelastet wird, im Einzelfall auch ist: „grünen Mehrheiten“ die politische Glaubwürdigkeit kosten wird, wenn sie vor Wahlen nicht daran denken, was sie nach den Wahlen wirklich verändern können.